

## Neues Wirtschaftswunder – schön wär's

Zwar ist der **Aufschwung** angeblich überall, an den Konsumausgaben der Deutschen spürt man ihn jedoch nicht

Wenn ich in der benachbarten Kleinstadt einkaufen gehe, begegne ich regelmäßig an den Schaufenstern Aufschriften wie „Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe“ oder „Neu zu vermieten“. Und wenn ich dann an den Supermärkten vor der Stadt vorbeikomme, finde ich auch dort vergleichsweise leere Parkplätze. In den Kneipen sieht es nicht viel besser aus. Diese meine persönliche Wahrnehmung, immerhin in einer Stadt des vergleichsweise goldenen Südwesten unserer Republik, wird dann regelmäßig konterkariert von den Meldungen aus Berlin: Aufschwung, Boom, Wirtschaftswunder – an der Spree tut man so, als sei das so. Dort wundert man sich, wenn dann wie am 31. August eine Meldung des Statistischen Bundesamtes auf den Tisch in Kanzleramt flattert, wonach der Einzelhandelsumsatz im Juli 2007 real um 1,5 Prozent niedriger gelegen habe als im Juli 2006.

Warum man sich wundert, erschließt sich mir als Ökonom nicht. Eher wäre es ein Wunder, wenn die Konsumausgaben florieren würden. Wenn die Masseneinkommen stagnieren, was sie insgesamt trotz einiger besserer Tarifabschlüsse tun, wenn dem Konsum drei Punkte Mehrwertsteuererhöhung aufgedrückt werden, wenn immer mehr Menschen in prekären Arbeitsverhältnisse, in Minijobs und damit in Unsicherheit landen und wenn dann noch aus allen Rohren Propaganda für die private Vorsorge



**Albrecht Müller**  
war unter den  
Bundeskanzlern  
Willy Brandt und  
Helmut Schmidt  
Leiter der Planungsabteilung  
des Bundeskanzleramtes.

fürs Alter gemacht, also zum Sparen aufgefordert wird, wie soll dann ein Zuwachs an Konsum möglich und wahrscheinlich sein. Woher soll das Geld kommen? Warum sollte es locker sitzen? Es ist wirklich kein Wunder, dass in jenen Einzelhandelsgeschäften, beim Handwerk und in Gaststätten, wo die breiten Schichten unseres Volkes einkaufen und verkehren, der Boom nicht richtig angekommen ist.

Wer sich da wundert, belegt, von Makroökonomie und der Notwendigkeit, eine aktive und zeitgerechte Steuerung der Konjunktur zu betreiben, keine Ahnung zu haben. Der amerikanische Nobelpreisträger Robert Solow sprach in einem Interview schon vor drei Jahren davon, Makroökonomie sei zwar schwierig zu verstehen, aber eines sei sicher, in

Deutschland könne man sie wesentlich besser machen. Auf unsere Bundesregierung trifft das leider zu. Ihre Mitglieder sind offensichtlich makroökonomisch ungebildet und ihre Fühler zur Wahrnehmung des tatsächlichen wirtschaftlichen Geschehens sind offensichtlich einseitig montiert: Sie orientieren sich an der Exportwirtschaft, an der Finanzindustrie und an den großen Medienkonzernen. Wenn es beim Export boomt, dann denken sie, das sei ein Boom. Wenn die Aktienkurse steigen, dann denken sie, die Wirtschaft floriere.

Die politisch handelnden Personen sehen offenbar ihre makroökonomische Verantwortung nicht mehr. So wird z. B. im Abschlusspapier zur Kabinettsklausur auf Schloss Mesberg vom 28. August mit dem Titel „Aufschwung – Teilhabe – Wohlstand“ trotz dieses Titels und trotz der aktuellen Brisanz dieses Themas die konjunkturpolitische Steuerung mit keiner Silbe erwähnt. Da ist viel von Strukturformen, von Arbeitsmarktpolitik und Technologieförderung, von Bildung und Familie, von Klimaschutz und Qualifizierung und auch vom Sparen fürs Alter die Rede – aber nicht von der Gefahr weiterer Zinserhöhungen und auch nicht von der Verantwortung des Fiskus für eine gute Konjunktur. Und dies mitten in einer problematischen Entwicklung mit Hypothekenkrise in den USA, dem Zusammenbruch deutscher Banken und erkennbaren Risiken für uns. Gerade meldete das

Nürnberger Marktforschungsinstitut GfK, die Stimmung trübe sich ein – vermutlich wegen der Turbulenzen auf den Finanzmärkten, wegen des starken Euro und wegen steigender Zinsen.

Wenn die Bundesregierung die konjunkturelle Steuerung nicht als großes Problem sieht, dann hat das zum einen mit der Vorherrschaft einer Ideologie zu tun, der sogenannten Angebotsökonomie. Zum anderen aber wohl auch damit, dass das auf einen florierenden Binnenmarkt angewiesene Gewerbe keine gute Lobby hat. Wie wirkungslos diese Lobby ist, konnte man exemplarisch an der Mehrwertsteuererhöhung um drei Punkte studieren. Diese war ja nicht nur konjunkturpolitisch höchst problematisch. Sie ist auch angebotsökonomisch betrachtet völlig verkehrt. Jede Mehrwertsteuererhöhung belastet nämlich die auf den Binnenmarkt orientierte Wirtschaft und entlastet die Exportwirtschaft. Diese bekommt die Mehrwertsteuerbelastung ja zurückerstattet. Sie trägt so mit jeder weiteren Verschiebung der Steuerlast auf die Mehrwertsteuer immer weniger zu den öffentlichen Leistungen bei, die mit unseren Steuern finanziert werden. Aber auch die Exportwirtschaft nimmt öffentliche Leistungen in Anspruch. Bezahlt wird von den andern. Wir Ökonomen nennen das Fehlallokation. Die Lobby des Einzelhandels und des Handwerks hat selbst dies geschluckt. Erstaunlich.